

Zürich, 26. November 2015

KAHLSCHLAG GEFÄHRDET QUALITÄT DER BILDUNG

Eine Erhebung unter den Mitgliedsorganisationen des LCH zu den Abbaumassnahmen der Kantone im Bildungsbereich der deutschen Schweiz zeigt alarmierende Zahlen. Die bereits beschlossenen Kürzungen machen im Zeitraum zwischen 2013 und 2015 gesamthaft mindestens 265 Millionen Franken aus. Mindestens weitere 535 Millionen sollen bis 2018 abgebaut werden. Dazu kommen weitere Abbaumassnahmen auf kommunaler Ebene. Dies wird die Qualität der Bildung massiv gefährden und die Attraktivität der Lehrberufe weiter schmälern.

Es gibt kaum einen Kanton, der in den letzten drei Jahren nicht massive Kürzungen im Bildungsbereich beschlossen oder bereits umgesetzt hat. Dies geht aus einer Umfrage des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz LCH unter seinen Kantonalsektionen hervor. Insgesamt beläuft sich der bereits beschlossene Abbau in den Kantonen der deutschen Schweiz auf mindestens 265 Millionen Franken. Die grössten Abstriche, nämlich 175 Millionen Franken, betreffen die Anstellungsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer. Sie müssen Lohn einbussen in Kauf nehmen, Pflichtpensen werden erhöht, Weiterbildungen reduziert oder gestrichen. An zweiter Stelle mit einem Abbau von 73 Millionen Franken folgen die Unterrichtsbedingungen; Auswirkungen davon sind beispielsweise die Erhöhung der Klassengrössen oder Lektionenabbau. 8 Millionen Franken werden durch Erhebung oder Erhöhung von Gebühren (Unterricht, Lehrmittel, Lehrausflüge, Lager usw.) auf die Eltern und Schulgemeinden abgewälzt. Bei der Schulentwicklung werden mindestens 3 Millionen durch den Abbau von Ressourcen gestrichen.

Mindestens weitere 535 Millionen Franken wollen die Kantone der Bildung zwischen 2016 und 2018 entziehen. Diesmal müssen die Unterrichtsbedingungen mit 254 Millionen am meisten Federn lassen, gefolgt von den Anstellungsbedingungen mit mindestens 240 Millionen Franken, was eine nochmalige drastische Verschärfung der Situation bedeutet. Dies sind gesicherte Zahlen. Der LCH befürchtet jedoch, dass sich diese noch massiv erhöhen werden. Denn selbst in grossen und reichen Kantonen, die sich der Sparwut bisher widersetzt haben, wurde in den letzten Monaten ein Leistungsabbau angekündigt, der in den oben genannten Beträgen noch nicht enthalten ist. So erwartet der LCH, dass allein den Kantonen Zürich und Wallis in den nächsten drei Jahren weitere 160 Millionen Franken in der Bildung entzogen werden. Dazu kommen massive Abbaumassnahmen auf kommunaler Ebene in Millionenhöhe, so dass insgesamt mit Einsparungen an der Bildung von mehr als einer Milliarde Franken im Zeitraum 2013 bis 2018 zu rechnen ist.

Beat W. Zemp, Zentralpräsident LCH, warnt vor einem weiteren Kahlschlag in der Bildung: „Sparmassnahmen in der Bildung sind in Wirklichkeit Abbaumassnahmen zu Lasten der Lernenden und Lehrenden. Sie gefährden die Qualität des Schweizer Bildungswesens. Die Zeche bezahlen dann die Sozial- und Justizdepartemente.“

Franziska Peterhans, Zentralsekretärin LCH, ergänzt: „Wenn Klassen zusammengelegt und Klassengrössen erhöht werden, wenn der Halbklassenunterricht abgebaut wird, bleibt für die individuelle Förderung und die Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen weniger Zeit. Die Kinder lernen nicht genug! Das tut richtig weh!“

Schweizerkarten (siehe www.LCH.ch) zeigen, in welchen Kantonen Abbaumassnahmen erfolgen und mit welchen Beträgen sie zu Buche schlagen. Konkrete Abstriche müssen Lehrpersonen unter anderem bei den Löhnen in den Kantonen AG, BE, BL, BS, FR, GL, LU, NW, SG, SO, SZ, VS und ZG hinnehmen. Unterrichtsabbau erfolgt in den Kantonen AG, AI, BE, BL, LU, SG, SH, SO, SZ, TG, UR, VS, ZG.

Das Ganze geschieht auf einem zweifelhaften Hintergrund: Viele Finanzdirektionen schätzen ihre finanzielle Lage systematisch schlechter ein als sie tatsächlich ist. Sie stellen die Staatsschulden zu hoch und das Vermögen zu tief dar. Dem Abbau in der Bildung stehen in verschiedenen Kantonen Steuererleichterungen für Unternehmen und vermögende Privatpersonen gegenüber.

Der Bildungsabbau beschädigt nachhaltig die Qualität der Bildung. Er untergräbt insbesondere die Integrationsmassnahmen und die Chancenverbesserung für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien und mindert die Attraktivität der Lehrberufe weiter. Der LCH wird sich zusammen mit seinen Mitgliedsorganisationen gegen diesen Kahlschlag bei der Bildung zur Wehr zu setzen.

Weitere Informationen unter www.LCH.ch (Links zu interaktiven Karten, Dokumente, Referate)

Kontaktadressen für Rückfragen

Beat W. Zemp, Zentralpräsident LCH
T +41 61 903 95 85, beat.w.zemp@LCH.ch

Franziska Peterhans, Zentralsekretärin LCH
T +41 44 315 54 54, f.peterhans@LCH.ch

Jürg Brühlmann, Leiter Pädagogische Arbeitsstelle LCH
T +41 71 671 25 91, j.bruehlmann@LCH.ch